



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

SPD/IV/28

Hannover, 7. März 1949

Szenenwechsel im Kreml

Von Lenkeus

Die plötzliche Absetzung Molotows als Außenminister signalisiert eine Änderung der sowjetischen außenpolitischen Konzeption. Molotow bleibt in allen seinen sonstigen Stellungen, auch im Politbüro, das die Generallinie der sowjetischen Politik bestimmt. Wjatschinski geht ins Außenministerium, weil die Lage im kalten Krieg eine Wendung ratsam erscheinen lässt.

So war es schon einmal im Sommer 1939. Damals wurde Litwinow als Außenminister abberufen. Litwinow hatte die Sowjetunion durch die Spannungen der dreissiger Jahre hindurchzubringen, mit Hilfe einer veränderten Taktik: Zusammenarbeit mit den liberal-kapitalistischen Staaten des Westens. Seine Abberufung kündigte eine neue Taktik an. Der Hitler-Stalin-Pakt folgte. Molotow schloss ihn ab. Seit seiner Ernennung war die Linie: aktive Verteidigung gegen die angelsächsischen Seemächte in Kooperation mit einem Verbündeten in Europa. Zunächst war es Hitler-Deutschland. Nach dem Krieg sollte an seiner Stelle ein mittels Okkupation oder durch Hilfsparteien kontrolliertes Vorkland treten. Die Grundkonzeption von 1939, Auseinandersetzung mit den angelsächsischen Seemächten, blieb dieselbe.

Die Sowjetunion wird mit Wjatschinski als diplomatischem Techniker eine neue Linie versuchen. Niemand kann sagen, ob die andere Seite auf das Spiel eingehen wird. Wenn nicht, so ist es leicht, Wjatschinski wieder in den Hintergrund treten zu lassen. Er gehört nicht zu den politischen Schwergewichten im Kreml.

Molotow ist nicht allein ausgeschieden. Gleichzeitig mit ihm trat der Außenhandelsminister Mikojan zurück. Mikojan ist wie Molotow Mitglied des Politbüros und hat auch sonst genau die gleichen Stellungen inne, in denen auch er bleibt. Jeder Versuch, den Szenenwechsel im Kreml sinnvoll zu erklären, muss von dieser Tatsache ausgehen, dass zwei der mit Stalin wichtigsten Männer in der Sowjethierarchie ihre Ministerposten, und zwar nur diese, aufgeben.

Molotow und Mikojan sind, soweit man weiss, persönliche Feinde. Mikojan steht Stalin auch freundschaftlich nahe. Auch gehört er zur unverhältnismässig stark vertretenen Gruppe der

Kaukasier. Trotzdem ist Mokojan auch jetzt zurückgenommen worden.

Diese Tatsache kann etwa so verstanden werden:

1. Es wird deutlich gemacht, dass es sich nicht um die Ausschaltung Molotows von der Nachfolgerschaft Stalins handelt. Molotow wie Mikojan bleiben unverändert in ihren Machtpositionen.

2. Verschleierte beider gleichzeitiges Ausscheiden vor den Augen der Öffentlichkeit die eigentliche Absicht. Mikojan neigte einer Politik zu, die durch stärkeren Warenaustausch mit dem kapitalistischen Westen eine Erleichterung des russischen Industriesaufbaus anstrebte. Solche Bestrebungen waren wohl noch mit der von Molotow anfangs im Bündnis mit Hitler-Deutschland durchgeführten Außenpolitik vereinbar, nicht aber mehr recht mit der Praxis von 1945. Wenn auch Mikojan zurücktritt, soll mindestens der eigenen Bevölkerung angedeutet werden, dass der Wechsel nichts mit den Schattierungen zwischen Molotow und Mikojan zu tun habe. Zunächst will man einmal sehen, ob sich der geplante politische Stellungswechsel praktisch durchführen lässt.

Die weitere Entwicklung wird uns belehren: Wenn nicht durch bestimmte Ereignisse schon früher, dann vielleicht durch die künftige Rolle Professor Wargas, des führenden kommunistischen Wirtschaftstheoretikers. Wargas wurde im Vorjahr von der sowjetischen Akademie der Wissenschaften angeprangert, weil seine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung fälschlich dahingegangen sei, bis zum Eintritt einer schweren kapitalistischen Weltkrise würden noch zehn Jahre vergehen. Zur Politik des Kremls während der letzten zwei Jahre passte diese Analyse nicht. Die seitherigen Ereignisse haben sie dem Politbüro vielleicht plausibler gemacht. Vor allem solche Erkenntnis wäre denn der Hintergrund des Szenenwechsels. Man hat inzwischen ja auch gehört, dass nach Präsident Trumans "Viertem Punkt" die Vereinigten Staaten sich in die wirtschaftliche Rekonstruktion der Welt in verstärktem Masse einschalten sollen.

In Deutschland kann man nicht umhin, sich ernsthaft mit dem Moskauer Vorgang zu beschäftigen. Während man in Bonn dabei ist, für die deutsche Bevölkerung ein Notdach zu bauen, kündigen sich leise am Horizont Änderungen des weltpolitischen Aspekts an. Um Deutschland durch die neue Phase, wenn sie eintritt, zu steuern, wird es grosser politischer Festigkeit der vereinigten Welt bedürfen.
(ths/73/1/he)

Wir bitten, diesem Bericht besondere Aufmerksamkeit zu schenken. D.Redaktion

Deutsche in polnischer Sklaverei

sp. Die Zahl der Deutschen in Polen betrug zu Beginn des Krieges etwa eine Million, wovon ein wenig über die Hälfte auf die westpolnischen Wojewodschaften entfiel, während nicht ganz die Hälfte in Mittelpolen und in den ostpolnischen Gebieten beheimatet war. Der polnische Publizist Zygmunt Stolincki errechnete für das Jahr 1927 insgesamt 884 105 Deutsche in Polen. Zu dieser Zahl muß jedoch bis 1939, also für 12 Jahre, noch der natürliche Bevölkerungszuwachs hinzugerechnet werden, der in der Regel zwei Prozent jährlich beträgt. Hinzu kommen weiter etwa 300 000 Deutsche aus dem Baltikum, aus Bessarabien und der Bukowina, die 1939/40 vom nationalsozialistischen Regime im sogenannten Warthegau angesiedelt wurden.

Was ist aus diesen Deutschen nach dem Zusammenbruch des Hitler-Reiches geworden? Aus den mittelpolnischen Gebieten war eine Flucht wegen des raschen Vormarsches der Roten Armee im Januar 1945 kaum mehr möglich, während die Deutschen in den polnischen Westprovinzen zum größten Teil in die nicht so weit entfernten deutschen Gebiete fliehen konnten. Nach dem Abzug der deutschen Truppen im Jahre 1945 aus Polen wurden sämtliche Deutsche in Zwangslager eingeliefert. Nur Greise und Frauen mit kleinen Kindern blieben davon verschont, doch wurden auch sie von Haus und Hof bzw. aus ihren Wohnungen verjagt und mußten in Ställen oder Dachkammern eine Unterkunft suchen. Die arbeitsfähigen Männer jedoch wurden zum größten Teil nach Rußland verschleppt. Eines der größten Sammellager für solche Transporte ist das Lager in Sikawa bei Lodz.

An dieser Lage der Deutschen in Polen hat sich bis heute noch nichts geändert. Sie werden nach wie vor in Zwangslagern festgehalten oder sie sind, falls sie durch besondere Umstände davon ausgenommen wurden, vollkommen rechtlos und müssen als Knechte oder Mägde bei den Polen jede Beschädigung Sklavendienste verrichten. Noch bis zum heutigen Tage werden z.B. die deutschen Frauen in Lodz an den Sonntagen zum Säubern der Milkästen herangeholt, wie überhaupt kein Deutscher sich einer ihm von einem Polen aufgetragenen Arbeit entziehen darf. In den großen Fabrikbetrieben bestehen nach wie vor Arbeitslager, in welchen sowohl Männer als auch Frauen in einem wahren Sklavenverhältnis gehalten werden. Unter Bewachung werden sie zur Arbeit geführt und abends wieder zurückgebracht. Sie bekommen für ihre Arbeit keinen Lohn, sondern lediglich das Essen, das allerdings in der letzten Zeit etwas besser geworden ist. Aus Lodz sind uns Arbeitslager in folgenden größeren Fabrikbetrieben bekannt geworden: Scheibler, Eitingon, Steinert, Poznanski und Biedermann. Außerdem befindet sich ein Arbeitslager des Ministeriums für öffentliche Sicherheit in Warschau, Gornoslonska-Straße 2, wo 600 deutsche Zivilinternierte und 600 Kriegsgefangene untergebracht sind, mit einer Zweigstelle im Hauptbenzindepot mit 100 deutschen Männern und etwa 200 Frauen.

Einen Anhaltspunkt für die Zahl der noch in Polen befindlichen Deutschen gibt eine kürzlich in einem polnischen Blatt veröffentlichte Meldung, wonach sich allein in der Wojewodschaft Lodz noch 35 000 Deutsche befinden. Berücksichtigt man, daß in der Lodzer Wojewodschaft vor dem Kriege ca. 180 000 Deutsche lebten, was etwa 18 Prozent der Gesamtzahl der Deutschen Polens ausmachte, so ergibt sich, daß die Zahl der noch heute in Polen befindlichen Deutschen in die Hunderttausende gehen muß. Allein für Mittelpolen läßt sich danach eine Ziffer von mindestens 100 000 Deutschen errechnen, wobei die während des Krieges dort angesiedelten Balten- und Bessarabiendeutschen gar nicht mitgerechnet sind.

Laut Beschluß des Kontrollrats vom November 1945 sollten die Deutschen aus Polen nach der russischen und britischen Besatzungszone Deutschlands ausgewiesen werden. Jedoch werden seit etwa einem Jahr Ausgewiesene im ganzen Gebiet Deutschlands nicht mehr aufgenommen, so daß auch Polen die Ausweisungen völlig eingestellt hat. Infolge der vorher ganz willkürlich durchgeführten Ausweisungen wurden nun viele Familien auseinandergerissen. Insbesondere die Arbeitsfähigen wurden in Polen zurückgehalten. Vielfach wurden auch Mütter von ihren Kindern getrennt. Deutsche, die jetzt zu ihren Angehörigen nach Deutschland wollen, werden aus Polen nur hinausgelassen, wenn sie eine durch die zuständige Militärregierung bestätigte Zuzugsgenehmigung aus Deutschland vorweisen.

Unter den in Deutschland obwaltenden Verhältnissen haben die in Polen verbliebenen Deutschen somit keine Aussicht, der polnischen Sklaverei zu entkommen. Viele von ihnen haben in ihrer Verzweiflung bei den polnischen Behörden um die sogenannte Rehabilitierung, d.h. um die Aufnahme in die polnische Gemeinschaft, nachgesucht. In manchen Fällen wird diese Rehabilitierung auch ausgesprochen, doch werden die Betroffenen wegen Annahme der Volksliste zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und sind erst nach Verbüßung dieser Strafe frei, gelten dann allerdings nicht mehr als Deutsche. Die heranwachsende Jugend jedoch hört kein deutsches Wort mehr.

Während des russischen Vormarsches fielen ausserordentlich Tausende aus dem deutschen Westen nach dem Warthegau evakuierter Kinder in die Hände der Russen und wurden nach dem Inneren Polens gebracht, wo sie als Arbeitskräfte in der Landwirtschaft noch heute Verwendung finden und zur Sklaverei verurteilt sind. Nur ein geringer Bruchteil der Kinder wurde bisher durch die polnische Regierung der Heimat zurückgegeben. Nach vorsichtigen Schätzungen beläuft sich die Zahl der noch in Polen festgehaltenen deutschen Kinder auf 20 bis 25 000. Diese Kinder werden kaum je zu ermitteln sein, da viele von ihnen inzwischen die deutsche Sprache vergessen haben und auch über ihre Herkunft selbst nichts wissen.

Erst kürzlich wurde auf der Tagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses der UNO in Lake Success gegen die Konzentrationslager in den Ländern Osteuropas protestiert, das besondere Schicksal der in Polen verbliebenen zahlreichen Deutschen ist aber nicht besonders berücksichtigt worden. Diesen unglücklichen Menschen muß im Namen der Menschlichkeit geholfen werden. Trotz großer Überfüllung muß für sie in Deutschland noch Platz geschaffen werden, um sie aus ihrer furchtbaren Lage zu befreien. Noch ist die Zahl der Flüchtlinge in der französischen Zone sehr gering. Aber selbst bei der Überfüllung in den anderen Zonen sollte es kein Zögern geben, die unglücklichen Deutschen aus Polen aufzunehmen. W.F.

Pariser Bedenken gegen den Atlantikpakt

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Der Atlantikpakt wird von der französischen Öffentlichkeit grundsätzlich gebilligt. Man sieht darin einen Schutz gegenüber etwaigen vom Osten her drohenden Gefahren. Es herrscht mehr und mehr die Überzeugung vor, der Friede sei nur durch eine klare wirtschaftliche und militärische Überlegenheit des Westens über den Osten zu retten. Diese Zustimmung schließt aber ernste Bedenken und Befürchtungen nicht aus. Die feindselige Haltung der Kommunisten hat zu offensichtlichen, sowjetischen Hintergründen, als daß man sich weiter damit befassen müßte. Erwähnenswert sind nur die Einwendungen aus dem nichtkommunistischen Lager.

In Frankreich entstand der Gedanke einer dritten Kraft, innenpolitisch und außenpolitisch. Das erste Ziel des Quai d'Orsay war zudem die Mittlerrolle zwischen den Großmächten. Ein mit amerikanischer Hilfe innerlich gefestigtes, einheitliches und unabhängiges Europa war und bleibt der Wunschtraum der französischen, auf denen der Streit der Weltmächte wie ein Alpdruck lastet und denen nichts mehr am Herzen liegt als Ruhe und Frieden. Gewiss, man verkennt nicht die Gefahren einer Neutralität, man beginnt auch zu verstehen, daß der expansionistische Bolschewismus vor keiner Neutralität zurückschrecken wird und es auch bei der ihm innewohnenden Zwangsläufigkeit des russischen Missionsfanatismus nicht kann. Aber trotzdem entschließt man sich nur schwer, auf den schönen Traum des europäischen Blocks als entscheidendes Zünglein an der Waage zwischen Ost und West zu verzichten.

Der Atlantikpakt in seiner beabsichtigten Form setzt der europäischen Handlungsfreiheit enge Grenzen, er schafft neben dem bereits lange bestehenden Ostblock einen aktionsmäßig gleichgerichteten Westblock, an dem Frankreich zwangsläufig gebunden wäre. Wenn man auch hofft, durch die Stärke der neuen Koalition die Kriegsgefahr bis auf Weiteres zu bannen, so ist man sich doch der erheblichen Risiken der neuen Lage bewußt. ... und ideolo-

gisch unvereinbaren Machgruppen werden sich unmittelbarer als bisher gegenüberstehen, die Möglichkeit einer dritten europäischen Kraft fällt weg. Man denkt in Paris außerdem an die unvermeidlichen Rückwirkungen dieser Entwicklung auf die zukünftige Gestaltung der europäischen Föderation, deren politische Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten gefährdet werden könnte.

Es wäre jedoch unberechtigt, von Widerständen gegenüber dem Atlantikpakt außerhalb der kommunistischen Reihen zu sprechen. Frankreich wird die Unterzeichnung des Paktes wegen dieser Befürchtungen nicht einmal verzögern, denn es gibt keine andere Lösung für seine Sicherheit. Es wird jedoch versuchen, eine allzu starke Bindung Europas an die Geschicke der Vereinigten Staaten, soweit es die Verhältnisse gestatten werden, zu verhindern, mit der - vielleicht nur theoretischen - Hoffnung, Europa möge es eines Tages doch noch vergönnt sein, die Mittlerrolle zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu spielen.

Vorstandsmitglied verläßt KP

sp. Hans H u b e r, früher Leiter der "Einheitsbewegung Niedersachsens", Mitglied des Parteivorstandes der KP, hat seinen Austritt aus der KP erklärt. In einem Schreiben, das er an den Landesvorstand gerichtet hat, begründet er diesen Schritt wie folgt:

"Die Tatsache, daß durch den Mund von Grotewohl die Aufforderung des Vorsitzenden der französischen Kommunistischen Partei, bei einem Einmarsch der Roten Armee diese mit allen Mitteln zu unterstützen, auch auf Deutschland übertragen wurde, erfordert von den Mitgliedern der KPD, die zu einem Zeitpunkt in die Partei eintraten, als diese noch vorgab, eine deutsche, unabhängige Politik zu betreiben, eine Überprüfung ihrer Stellung zur Partei.

Die von Grotewohl bekanntgegebene Stellung ohne des Politbüros der SED zu den Äußerungen von Thorez bildet den Schlußstrich unter eine Entwicklung, die in Deutschland damit begann, daß die ehemaligen Sozialdemokraten aus der SED ausgeschaltet wurden, und das Verhältnis zur Sowjetunion als das Kriterium der gesamten Partei und eines jeden einzelnen Genossen bezeichnet wurde.

Im Verfolg der Säuberung der Partei und der nunmehr auch nach außen offen zur Schau getragenen Abhängigkeit von Moskau, hat die Partei eine Reihe von Feststellungen getroffen, denen ich meine Zustimmung nicht mehr geben kann.

Diese sind:

1. Die vollkommene Verurteilung der Theorie von der Möglichkeit eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus und die Vorstellung, daß nur durch die Anwendung der Methoden der SU dieser Weg beschritten werden kann.

2. Die im Artikel von Herrstadt "Über die Russen und über uns" abgegebene Erklärung, daß alles, was in und durch die SU geschieht, bedingungslos zu bejahen sei.
3. Die entgegen der früheren Darstellung, nach der eine für Deutschland günstigere Grenzziehung an der Oder und Weisse bei Friedensverhandlungen zu erreichen sei, durch Ulbricht geforderte Anerkennung der Oder-Weisse-Grenze.
4. Die bedingungslose Anerkennung, ja sogar noch Verteidigung der völkerrechtswidrigen, ungerechtfertigten Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen in der SU.

Da die Voraussetzungen zur Freundschaft mit einem Lande nicht mit der völligen Aufgabe der Souveränität gleichsch sein kann, die Politik der SED/KP aber dazu führen würde, Gesamtdeutschland der Kontrolle der Sowjetunion zu unterwerfen, sich damit aber weder die Einheit Deutschlands, sondern seine Unterjochung, noch der Sozialismus, sondern die Zwangsarbeit erreichen ließe, erkläre ich meinen Austritt aus der KPD.

- - - - -

Die Kriegsgefangenenhilfe der SED teilt mit:

Weiter leere Versprechungen. In großen Aufmachungen verkündet die "Tägliche Rundschau", das Veröffentlichungsorgan der sowjetischen Besatzungsmacht, Ende Januar 1949, daß ab Februar 1949 30 000 Heimkehrer aus der Sowjetunion nach Deutschland entlassen werden. Nachdem der vorletzte Transport von Heimkehrern aus dem Osten am 21. Januar 1949 in den Westzonen eintraf, kamen erst wieder am 28. Februar 1949 ganze 47 Mann aus Sowjetrußland an.

Dagegen werden monatlich 120 Leerzüge, bestehend aus gedeckten Güterwagen, von den Eisenbahnerbrigaden in die Ostzone zurückgeführt, mit denen Reparationsgüter und -waren nach Sowjetrußland übergeführt wurden.

Nach den letzten Berichten der Heimkehrer werden Kriegsgefangene nach den Westzonen erst dann entlassen, wenn sie einen Kursus zur politischen Umerziehung für Demokratie und als Antifaschisten absolviert haben. Bei Heimkehrern nach der Ostzone wurde diese Bedingung nicht gestellt.

Proteste

Todesnachricht verboten. Nachdem von britischer Seite gegen den schlechten Gesundheitszustand der deutschen Heimkehrer aus der Sowjetunion bei deren Regierungsstellen eingereicht wurden, hat das Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt die Nachrichtenämter angewiesen, darauf zu achten, daß beim Tode heimgekehrter Gefangener keine Traueranzeigen veröffentlicht werden. Inschriften auf Grabsteinen solcher verstorbenen Heimkehrer dürfen nicht Bezug auf den durch die Kriegsgefangenschaft herbeigeführten Tod nehmen.

- - - - -